

D R I N G L I C H K E I T S A N T R A G

der Abgeordneten

**Fritz Dinkhauser, Bernhard Ernst, Dr. Andreas Brugger,
Gottfried Kapferer, Dr. Andrea Haselwanter-Schneider**

betreffend:

1. Tiroler Armutskonferenz für mehr Solidarität, Gemeinwohl und Gerechtigkeit

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

A N T R A G:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Herbst 2010 die „1. Tiroler Armutskonferenz“ unter Beteiligung sämtlicher Sozialpartner, aller politischen Kräfte des Landes und der entsprechenden Fachleute abzuhalten. Ziel der Konferenz soll die rasche und effiziente Bekämpfung der ständig ansteigenden Armuts- und Existenzbedrohung der Tiroler Bevölkerung mit allen ihren Ausprägungen sein. Dazu sollen neben einem umfassenden Generalkonzept auch konkret umzusetzende strategische Lösungen ausgearbeitet werden. Die Konferenz soll alle zwei Jahre wiederholt werden.“

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Finanzausschuss**, dem Ausschuss für Gesellschaft, Bildung, Kultur und Sport sowie dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zugewiesen werden.

BEGRÜNDUNG:

DIE AUSGANGSLAGE

Die Sozialen Fakten

Über 15% der Tiroler, demnach mehr als 100.000 (!!) Menschen, sind armutsgefährdet.

Besonders betroffen davon sind Alleinerziehende, Pensionisten, Migranten und Familien mit kleinen bzw. drei und mehr Kindern. In Tirol waren bspw. 2008 insgesamt 10.211 Tiroler auf Grundsicherung bzw. Sozialhilfe angewiesen. 12.400 Tiroler haben 2008 Heizkostenzuschuss von je 200 € bezogen. 10.200 Tiroler sind auf Notstandshilfe angewiesen. In Tirol sind zudem rund 20.000 Kinder armutsgefährdet. In Tirol leben 112.000 Menschen als Migranten - davon ist ein Viertel armutsgefährdet. In Tirol gibt es 6 Sozialmärkte (2 sind in Planung) mit rund 3000 Bedürftigen.

Die Pensionen

Über 20.000 Pensionisten und Rentner sind in Tirol armutsgefährdet. Die durchschnittliche Pension in Tirol beträgt nur 996 €. Tirols Frauen haben eine gleich um 9% geringere Pensionen als Frauen im Österreichvergleich.

Tirol hat außerdem mit 21.353 (2008) am dritt-meisten Ausgleichszulagen-Empfänger (durchschnittlich 305 €) Österreichs. Zum Vergleich: Salzburg – 12.527, Vorarlberg – 7470.

Das Einkommen

Das zweit-niedrigstes Jahresnettoeinkommen Österreichs hat der Tiroler/die Tirolerin (Unselbständige Erwerbstätige, 2007) mit 16.248 €, das sind 1.354 € monatlich.

Zum Vergleich: Vorarlberg - 17.411 €, monatlich 1.451 €.

Im Kaufkraft Ranking (2008) liegt Tirol bekanntlich am letzten Platz (auch schon 2007).

Dazu kommt, dass in Tirol nur rund 50% der Bevölkerung tatsächlich ganzjährig Vollzeit beschäftigt ist. In Tirol gibt es außerdem über 30.000 „working poor“. Das sind Menschen, die trotz Arbeit kein Auskommen mit dem Einkommen haben.

Das Arbeitslosengeld

Arbeitslosengeld steht einem in der Regel bis zu 20 Wochen zu, bei einem durchschnittliches AL-Geld (2008) von 732 € netto pro Monat (Tagsatz von 24,40 €).

Die Grundlage des Arbeitslosengeldes (=Ersatzrate) liegt in Österreich im Übrigen bei 55%, der EU-Durchschnitt weist fast 70% auf.

Die Bildungssituation

Neben Alter und Geschlecht hat die Bildung den größten Einfluss auf Arbeit bzw. Armut. Bildung verringert Armut: Die Arbeitslosenrate bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss (Ende September 2009) in Tirol liegt bei 15,9%. Zum Vergleich: der Österreich-Schnitt liegt nur bei 6,4%.

Jeder Fünfte in Tirol kann laut Forschungsinstitut Synthesis nicht richtig lesen, schreiben oder rechnen. Jährlich bleiben 1.000 junge Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss.

Berufsschutz und somit die garantierte Chance im erlernten Beruf bleiben zu können, gibt es nur 100 Tage.

Die Wohnkosten

Die Kosten für die Anschaffung von Eigentum oder auch für Miete werden sich im kommenden Jahr um ganze 8 % erhöhen!

Innsbruck ist die teuerste Landeshauptstadt Österreichs. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis in Innsbruck liegt bei fast 3.200 € pro m². Am günstigsten wohnen Eisenstädter & St. Pöltener (1.100 € pro m²).

Jeder 5. Tiroler Haushalt verschuldet sich heutzutage, um Haus oder Wohnung zu kaufen. 88% der Tiroler brauchen dazu einen Kredit um das Vorhaben zu finanzieren. 47% der Tiroler (Ö-Schnitt 29%) haben dafür einen Fremdwährungskredit laufen.

Weiters müssen sich Tiroler deutlich höher verschulden als andere Österreicher. Während Tiroler durchschnittlich mit 116.000 € verschuldet sind, liegt der Bundesschnitt bei 77.500 €. Das sind 40.000 € weniger.

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung:

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung wird eine Sozialleistung ab September 2010, die der bekommt, der kein Einkommen hat oder ein Einkommen hat, das unter 783 € für einen Alleinstehenden liegt. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung deckt dabei nur die Differenz zwischen dem, was jemand verdient und dem Ausgleichszulagenrichtsatz von 783 € bei einem Alleinstehenden ab.

Bekommen werden die bedarfsorientierte Mindestsicherung damit bisherige Sozialhilfeempfänger, Notstandshilfebezieher oder so genannte working poor. Menschen, die arbeiten, aber kein Auskommen mit ihrem Einkommen finden.

Eigentlich sollte die bedarfsorientierte Mindestsicherung die bisher unterschiedlich hohen Sozialhilfen in den einzelnen Bundesländern vereinheitlichen und anheben. So war politisch geplant diese 14 Mal pro Jahr auszubezahlen. Mittlerweile wollen Bund und Länder aber die Mindestsicherung nur mehr 12 Mal pro Jahr und zwar in der Höhe von 744 € (Alleinstehende, 1.116 € für Paare) auszahlen.

Ein bemerkenswertes Beispiel ist hierbei die Steiermark - das Land Steiermark hat die Auszahlung bereits 14 mal beschlossen.

Anzumerken ist weiters, dass bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung keine weiteren sozialen „Transferleistungen“ (bspw. Mietzinsbeihilfen ua.) dazukommen. Eine Besserstellung der Mindestsicherung – weitere Transferleistungen bzw. 14malige (statt 12malige) Auszahlung der Mindestsicherung würde im Kompetenzbereich des Landes liegen.

DIE LÖSUNGSANSÄTZE

Das gesamte Sozialbudget 2010 – „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“ – wurde seitens der Landesregierung um 4,8 Millionen Euro im Budget 2010 gekürzt.

Weitere Kürzungen im sozialen Bereich bzw. das Sparen bei den Armen und den Ärmsten ist unter keinen Umständen hinzunehmen.

Nachdem bereits das Landesbudget 2010 mit fast 100 Mio. € den höchsten Abgang seit 1945 aufweist und die wirtschaftliche und budgetäre Gesamtsituation auf Landes- und Bundesebene sich in den nächsten Jahren nicht verbessern wird, muss auf die Beibehaltung der ausreichenden budgetären Rahmenbedingungen besonders Bedacht genommen werden.

Eine erfolgreiche Sozialpolitik ist dann gegeben, wenn durch eine kreative Wirtschaftspolitik Arbeitsplätze und ausreichende Einkommen gesichert sind.

Eine erfolgreiche Sozialpolitik ist weiter dann gegeben, wenn die öffentliche Bildungspolitik zur echten Chancengleichheit auch der ärmeren Bevölkerung führt.

Eine erfolgreiche Sozialpolitik ist nur gegeben, wenn die öffentliche Hand für leistbares Wohnen ohne Beihilfenpolitik Sorge trägt.

Eine erfolgreiche Sozialpolitik ist zuletzt dann gegeben, wenn das Land Instrumente schafft, die ein finanzierbares Kleinkreditwesen auch für die ärmere Bevölkerung möglich machen.

Ganz konkret braucht es dringend eine Reihe von Maßnahmen:

Arbeitsplätze

Kein Tiroler / keine Tirolerin soll ohne Arbeit bzw. ohne sinnvolle Beschäftigung sein.

Jeder Arbeitslose kostet laut AMS zwischen 1.400 und 2.100 €. Dabei bekommt der Arbeitslose selbst nur durchschnittlich 732 € netto (2008). Die teuerste Form der Arbeit ist die Arbeitslosigkeit.

Im Zuge der AMG sind Brückenarbeitsplätze bei Gemeinden, in Landesunternehmen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften etc. eine Lösung. Damit werden arbeitslose Menschen rasch ins Berufsleben eingebunden und bekommen eine Lebens-Perspektive.

Sozialtarife auf Energie

So wie Großfirmen von den Landesunternehmen billige Tarife bekommen, braucht es einen Sozialtarif für Strom und Gas für Familien mit Kindern, Wenigverdiener, Mindestpensionisten, Arbeitslose oder Alleinerziehende. Die Landesregierung könnte über den Einflussbereich des Landesunternehmens entsprechend gestaffelte Energie-Sozialtarife anbieten.

Bildungsoffensive – Verpflichtung des Landes auf Chancengleichheit

Kein Tiroler darf ohne Berufs- oder Bildungsabschluss bleiben.

Die kostenlose Laufbahnberatung in allen Bezirken zur Orientierung des richtigen Schul- und Berufsweges muss umgesetzt werden.

Die Frage der Finanzierung der beruflichen Weiterbildung für die ärmere Bevölkerung gehört dringend gelöst. Das Land muss Verantwortung übernehmen und in Rahmen eines ganzheitlichen Bildungskonzeptes ein Berufsweiterbildungskonzept entwickeln. Die Nachhilfe muss kostenlos bzw. muss Förderunterricht an den Schulen angeboten werden.

Leistbares Wohnen

Tirol ist das teuerste Pflaster in Österreich, ob bei Mietwohnungen oder Eigentumswohnungen, ist Innsbruck die teuerste Landeshauptstadt, wobei die Wohnkosten nur in diesem Jahr um 8% ansteigen.

Ein wesentlicher Ansatz für das teure Wohnen sind die extrem hohen Grundkosten.

Ein entscheidender Ansatz ist die Mobilisierung von leistbaren Grundstücken, wobei im Rahmen der Neuregelung des Flurverfassungslandesgesetzes eine Gesamtkonzeption „Baulandmobilisierungsaktion“ erstellt werden sollte. Gemeinden können jetzt auf Grundstücke der Agrargemeinschaften zugreifen. (vgl. Papier zur Baulandmobilisierung des Fritz Landtagsklubs an die Landesregierung)

Leistbare Kredite für alle

Insbesondere die ärmere Bevölkerung leidet darunter, dass sie in finanziellen Notsituationen auf keine Rücklagen zugreifen kann und bei Bankinstituten mangels Absicherung keine Kredite erhält.

Dabei ist die Ausweitung des Landeskulturfonds (Kapital Ende 2008: 51 Mio. Euro) zu einer sozialen Bürgerbank notwendig. Der LKF soll künftig nicht nur sozial bedürftigen Bauern, sondern sozial bedürftigen Bürgern zinsgünstige Darlehen und Mikrokredite vergeben.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Die Landesregierung kann der bedarfsorientierten Mindestsicherung des Bundes in der bestehenden Form (der nur 12maligen Auszahlung von 744€ monatlich) die Zustimmung verweigern oder ähnlich dem Beispiel der Steiermark die Mindestsicherung aus dem Landesbudget aufstocken und 14 Mal auszahlen.

„Tiroler Ratifizierung“ der Europäischen Sozialcharta

Die „Europäische Sozialcharta“ bestimmt die grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Rechte auch auf nationaler Ebene. Unter anderem findet sich darin auch das **Recht auf Arbeit, das Recht auf berufliche Bildung, Recht auf soziale Sicherheit, Recht auf Fürsorge, Recht auf Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung, das Recht auf Wohnung oder auch das Recht auf Arbeitslosenunterstützung.**

Österreich hat diese Charta schon lange ratifiziert und im Nationalrat rechtsverbindlich beschlossen.

Zusätzlich gelten die Grundsätze der Landesverfassung:

Art. 7 TLO: „*Das Land Tirol hat unter Wahrung des Gemeinwohles die freie Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen zu sichern, die Selbsthilfe der Landesbewohner ... zu fördern...*“

Art. 13 TLO: „*Das Land Tirol hat Personen, die sich in einer Notlage befinden, nach Maßgabe der Landesgesetze Sozialhilfe zu gewähren.*“

Oberstes Ziel der öffentlichen Hand muss sein, dass die Menschen nicht auf Almosen angewiesen sind. Hilfe zur Selbsthilfe muss tatsächlich verwirklicht werden.

Es darf nicht Aufgabe der Politik sein, der Gesellschaft erworbene Sozialleistungen sukzessive abzubauen (Bsp: Krankenversicherungen, Pensionsversicherung usw. – Selbstbehalte nehmen ständig zu). Permanent wird der Sozialstaat Stück für Stück ausgehöhlt – neben dem sozialen Rückzug werden stetig mehr Steuern und Abgaben verlangt.

Das Spiel mit der Zukunft muss ein Ende haben.

Deshalb ist die Einberufung der „**1. Armutskonferenz**“ ein Gebot der Stunde, um mit allen positiven Kräften des Landes Tirol zu gerechten mittel- und langfristigen Lösungen der exemplarisch angesprochenen Problemen zu gelangen.

Die angesprochenen Fakten sprechen für die Dringlichkeit des Antrages.

Innsbruck, am 18. März 2010